



Niederschrift

43. Sitzung Hauptausschuss
12. September 2023, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

Punkt 2 der Tagesordnung: Verpackungssteuer

Punkt 2.1 der Tagesordnung: Verpackungssteuer jetzt

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2023/0704

Punkt 2.2 der Tagesordnung: Einführung einer Verpackungssteuer bis spätestens 01.01.2025 im Stadtgebiet Karlsruhe

Antrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2023/0734

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2.1 und 2.2 auf. Er verweist auf einen Brief zu diesem Thema von der DEHOGA.

Stadtrat Honné (GRÜNE) teilt mit, dass sich der Antrag erledigt habe. Ihm sei jedoch wichtig, dass die Verpackungssteuer eingeführt werde, sobald die Voraussetzungen dafür vorliegen. Er erhoffe sich dadurch, dass viele auf die Alternativen umsteigen und weniger Müll erzeugt werde und eine Lenkungsfunktion eintrete.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) erläutert, dass es hierbei nicht um Bestrafung, sondern um Steuerung gehe und darum, den bewussten Umgang nahe zu bringen. Sie wünsche sich eine Fortführung des Themas, sobald die gerichtliche Klarheit darüber vorliege.

Stadtrat Hofmann (CDU) sagt, dass wohl grundsätzlich Einigkeit darüber bestehe, dass Müll eingespart werden müsse aber auch in der Vergangenheit bereits viel erreicht worden sei. Ob

eine Steuer tatsächlich eine Lenkungswirkung entfalte, werde gerade geprüft. Die Einführung einer Steuer sei zum jetzigen Zeitpunkt daher kontraproduktiv und eine zusätzliche Belastung.

Stadträtin Melchien (SPD) schlägt vor, die gerichtlichen Entscheidungen abzuwarten und dann gemeinsam mit anderen Städten zu überlegen, was Sinn mache.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) teilt mit, dass die AfD gegen die Einführung einer Verpackungssteuer sei.

Der Vorsitzende stellt klar, dass durch eine Verpackungssteuer ein gesellschaftlicher Ausgleich erfolge, um die Kosten, die der Gesellschaft durch die einzusammelnden Einwegverpackungen entstehen, auszugleichen.

Stadträtin Fenrich (pl.) schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung an. Die Besteuerung von Verpackungen sei keine triviale Angelegenheit. Weiter gibt sie zu bedenken, dass auch Mehrwegverpackungen weiteren CO₂-Verbrauch auslösen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) stellt klar, dass das Thema weiterverfolgt werden solle. Zunächst werde aber die Klärung der rechtlichen Angelegenheiten notwendig sein.

Der Vorsitzende sagt zu, dass die Verwaltung beabsichtige, die Verpackungssteuer zum 01.01.2026 einzuführen, da derzeit noch zu viele rechtliche Rahmenbedingungen ungeklärt seien. Dies werde dann auch zu gegebener Zeit mit den Gremien besprochen. Eine weitere Behandlung der Anträge erfolgt derzeit nicht.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
18. September 2023